

# Eigenenerklärung zur Eignung

(Auszufüllen soweit von der Vergabestelle angekreuzt)



**Kennzeichen**

Leistung:

- Bewerber \*)
- Bieter \*)
- Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft \*)
- Nachunternehmer \*)
- anderes Unternehmen \*)

**Vergabeart**

- Öffentliche Ausschreibung
- Offenes Verfahren
- Beschränkte Ausschreibung
- Nichtoffenes Verfahren
- Freihändige Vergabe
- Verhandlungsverfahren

**Angaben zum Umsatz**

Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen

Jahr	Umsatz
	€
	€
	€

**Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind**

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten 5 Geschäftsjahren Leistungen erbracht habe(n), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Angabe von vergleichbaren Referenzen (Beschreibung der Projekte (Komplexität, Besonderheiten, wie wurden SEO und Barrierefreiheit umgesetzt), Auftragssumme, Ausführungszeitraum, Auftraggeber einschließlich Ansprechpartner)

\*) Zutreffendes vom Bieter anzukreuzen

**Ich/Wir erklären uns als kleines mittelständiges Unternehmen (KMU).\*)**

Ein Unternehmen zählt zu den KMU, wenn es nicht mehr als 249 Beschäftigte hat und einen Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen € erwirtschaftet oder eine Bilanzsumme von maximal 43 Millionen € aufweist.

**Eintragung in das Berufs- und Handelsregister Ihres Sitzes oder Wohnsitzes**

Ich bin/Wir sind im Handelsregister eingetragen \*)

unter der Nummer: \_\_\_\_\_

beim Amtsgericht: \_\_\_\_\_

Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.\*)

**Eigenerklärung Betriebshaftpflichtversicherung**

Ich/Wir erkläre/n, dass eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer jährlichen Mindestdeckungssumme von 2 Mio. Euro für den gesamten Auftragszeitraum besteht oder unverzüglich nach Auftragserteilung abgeschlossen wird. Die Betriebshaftpflichtversicherung werde/n ich/wir dem Auftraggeber nach Auftragserteilung ohne gesonderte Aufforderung nachweisen.

**Angaben zum Personal**

Durchschnittliche Zahl an Beschäftigten pro Jahr, die aktiv in Projekten in den Bereichen technische Konzeption, Programmierung (TYPO3, Frontend und Backend) oder SEO tätig waren (letzten 3 Geschäftsjahre)

Jahr	Beschäftigtenzahl

**Eigenerklärung nach § 123 GWB und 124 GWB**

Gemäß § 123 GWB erkläre/n ich/wir, dass die gemäß § 123 Abs. 3 GWB verantwortliche/n Person/en in meinem/ unserem Unternehmen innerhalb der letzten fünf Jahre nicht rechtskräftig verurteilt wurde/n bzw. gegen mein/unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Des Weiteren erkläre/n ich/wir, dass mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

\*) Zutreffendes vom Bieter anzukreuzen

Gemäß § 124 GWB erkläre/n ich/wir, dass innerhalb der letzten drei Jahre

1. mein/unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. mein/unser Unternehmen weder zahlungsunfähig ist, über das Vermögen meines/unseres Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, noch, dass sich mein/unser Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. mein/unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität meines/unseres Unternehmens infrage gestellt wird,
4. mein/unser Unternehmen mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
6. keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass mein/unser Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
7. mein/unser Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. mein/unser Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. mein/unser Unternehmen
  - a. weder versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
  - b. noch versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte,
  - c. noch fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, noch versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

**Eigenerklärung nach Mindestlohngesetz (MiLoG), Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), Aufenthaltsgesetz (AufenthG) sowie Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG)**

Ich/Wir erkläre(n), dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 21 Abs. 1 AEntG, nach § 98 c) AufenthG, nach § 19 Abs. 1 MiLoG und nach § 1 SchwarzArbG nicht vorliegen.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten drei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregisterauszug geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz sowie eine Auskunft zu Eintragungen im Wettbewerbsregister bei der Registerbehörde gem. § 6 WRegG anfordern.

---

(Firmenname/Unternehmensbezeichnung)

---

(Ort, Datum)

---

(Vor- und Zuname der/des Erklärenden)